

## **Antrag**

**der Abgeordneten Lena Zagst, Dennis Paustian-Döscher, Eva Botzenhart,  
Alske Freter, Sina Imhof, Jennifer Jasberg, Lisa Kern, Lisa Maria Otte,  
Dr. Till Steffen, Mareike Engels, René Gögge, Michael Gwosdz, Linus Jünemann,  
Zohra Mojadeddi (GRÜNE) und Fraktion**

**und**

**der Abgeordneten Urs Tabbert, Milan Pein, Arne Platzbecker, Britta Schlage,  
Olaf Steinbiß, Sarah Timmann, Carola Veit (SPD) und Fraktion**

**Haushaltsplan-Entwurf 2021/2022**

**Einzelplan 2**

**Betr.: Hamburgs Zukunft zu allen Zeiten klug, sozial und nachhaltig gestalten:  
Umbaumaßnahmen des Michaelis-Quartiers CO<sub>2</sub>-neutral und energieeffizient gestalten**

Als Teil der Personaloffensive für die Justiz ist auch die Staatsanwaltschaft Hamburg in beispiellosem Umfang personell verstärkt worden (vergleiche zum Beispiel Drs. 21/17490). Eng mit der personellen Verstärkung verknüpft ist auch die Frage einer angemessenen räumlichen Ausstattung. Die bisherige Aufteilung der Staatsanwaltschaft Hamburg auf gleich vier Standorte – am Gorch-Fock-Wall, in der Kaiser-Wilhelm-Straße, in der Ludwig-Erhard-Straße und im Strafjustizgebäude am Sievekingsplatz – kann den Ansprüchen an eine personell erheblich vergrößerte Staatsanwaltschaft nicht gerecht werden und führt zu zusätzlichem Aufwand, erhöhten Betriebskosten und dem erheblichen Verlust von Effizienz – auch in ökologischer Hinsicht.

Die mit der Drs. 21/19409 beschlossene neue Anmietung des Gebäudekomplexes in der Ludwig-Erhard-Straße 11 bis 17, dem sogenannten Michaelis-Quartier, ab Januar 2022 sorgt dafür, dass auch die Infrastruktur mit dem Personalzuwachs Schritt hält und die Hamburger Staatsanwaltschaft als moderne, zukunftsfähige Arbeitgeberin gestärkt wird.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, sind diverse Umbau- und Sanierungsmaßnahmen in den Räumlichkeiten notwendig. Insbesondere bei Neuanmietungen ist die Behörde für Justiz- und Verbraucherschutz bestrebt, Standorte mit einem besseren Energiestandard als vorher zu erreichen. Dabei ist die Schaffung eines besseren Verhältnisses von Haupt- und Nebennutzungsflächen und die damit verbundene effizientere Flächennutzung ebenso von Bedeutung wie eine möglichst CO<sub>2</sub>-neutrale und energieeffiziente Ausstattung der Räumlichkeiten. Die Verlegung CO<sub>2</sub>-neutraler Fußbodenbeläge und die Installation eines energieeffizienten Beleuchtungssystems wird einen erheblichen Beitrag dazu leisten, die Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz des Umbaus zu verbessern und die neuen Räumlichkeiten auch im Hinblick auf ihren ökologischen Fußabdruck zukunftsfähig zu machen.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

sicherzustellen, dass bei den im Zusammenhang mit der geplanten Konzentration der Staatsanwaltschaft Hamburg im Michaelis-Quartier anstehenden Umbaumaßnahmen CO<sub>2</sub>-neutrale Fußbodenbeläge verwendet und eine energieeffiziente Beleuchtung installiert werden.